

**Wohnen günstiger machen – FRITZ-Initiative 1:
35 Jahre zahlen ist genug!**

Die Idee:

- Wohnungen von Gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften sind spätestens nach 35 Jahren abbezahlt, dann fallen keine Finanzierungskosten mehr an. Trotzdem sinken die Mietpreise für die Mieter, wenn überhaupt, nur sehr wenig.
- **Die Liste Fritz will das ändern: Der im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG) vorgeschriebene „Burgenländischen Richtwert minus 30%“ soll mit einem eigenen „Tiroler Richtwert minus 60%“ unterschritten werden.**
- Damit sollen die Mieter nach 35 Jahren einen maximalen Mietzins von 2,632 € pro m² zahlen müssen (6,58 € abzüglich 60%). Anstatt 3,444 € (4,92 € abzüglich 30%).

Der Antrag:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, mit den Gemeinnützigen Bauvereinigungen in Tirol in Verhandlungen zu treten, um folgende Mietzinsерleichterung für die Bewohner von Gemeinnützigen Wohnungen umzusetzen: Sobald die Finanzierung der Gebäude abgeschlossen ist, darf der Mietzins nicht höher sein als der um 60% verminderte Richtwert für das Bundesland Tirol, das wären beispielsweise für das Jahr 2015 EUR 2,632 pro Quadratmeter Wohnnutzfläche.“



**Wohnen günstiger machen – FRITZ-Initiative 2:
Leistbare Übergangswohnungen schaffen!**

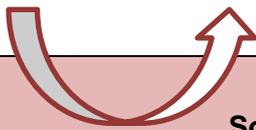
Die Idee:

- Wohnen in Tirol ist sündteuer, günstige Wohnungen in Tirol sind rar. Egal ob Miete, Eigentum oder Baugrund, besonders für junge Tiroler, für Geringverdiener oder für anerkannte Flüchtlinge ist es schwer, eine günstige Wohngelegenheit zu finden.
- Wohnungen in Sozialeinrichtungen sind begehrt und knapp, Gemeinnützige Wohnungen rar, über die Mindestsicherung gestützte und am freien Wohnungsmarkt angemietete Wohnungen schließlich für die Gesellschaft teuer.
- **Die Liste Fritz will, dass günstige Übergangswohnungen den betroffenen Tirolern den Weg von der Sozialeinrichtung zum selbständigen Wohnen am freien Markt möglich machen und der Gesellschaft Kosten sparen.**

- Zur Schaffung solcher leistbaren Übergangswohnungen kann das Land Tirol über die
- Gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen neue Gebäude errichten oder bestehende Gebäude adaptieren lassen.

Der Antrag:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, mit den Gemeinnützigen Bauvereinigungen in Tirol in Verhandlungen zu treten, um die Errichtung von Übergangswohnungen für junge und finanziell schwächer gestellte Menschen in Tirol zu erreichen. Diese Übergangswohnungen sollen dann für einen begrenzten Zeitraum, etwa von zwei Jahren, an entsprechend bedürftige Menschen zu einem besonders günstigen Mietzins vergeben werden.“



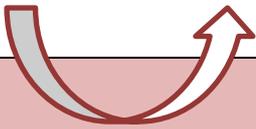
**Wohnen günstiger machen – FRITZ-Initiative 3:
Soziale Förderwürdigkeit in Gemeinnützigen Wohnungen prüfen!**

Die Idee:

- Um eine Gemeinnützige Mietwohnung beziehen zu können, müssen bestimmte Kriterien der Förderwürdigkeit vorhanden sein. Diese Förderwürdigkeit kann sich im Laufe der Jahre aber verändern.
- Wer beispielsweise in jungen Jahren die Kriterien erfüllt und eine mit öffentlichen Geldern geförderte Wohnung erhalten hat, kann Jahre später über ein viel höheres Einkommen verfügen und sollte dann auch an diesem gemessen werden.
- **Die Liste Fritz will diese Förderwürdigkeit alle 10 Jahre überprüfen, weil gemeinnützige Wohnungen rar sind und uns die soziale Ausgewogenheit sowie die soziale Treffsicherheit ein Anliegen sind.**
- Wer die Förderwürdigkeit bei der Überprüfung nicht mehr erfüllt, soll trotzdem dort wohnen bleiben können, aber eine höhere Miete (sozial gestaffelt auf Basis des Haushaltseinkommens) bezahlen müssen.

Der Antrag:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, dass alle zehn Jahre eine Überprüfung der Förderwürdigkeit der Mieter von gemeinnützigen Wohnungen durchgeführt wird. Des Weiteren soll für den Fall eines etwaigen Verlustes der Förderwürdigkeit ein gestaffeltes Mietzinserhöhungsmodell ausgearbeitet werden, damit die Besitzer von gemeinnützigen Mietwohnungen nach Verlust der Förderwürdigkeit ihre Wohnungen nicht verlassen müssen, sondern diese zu einem entsprechend höheren Mietzins weiterhin bewohnen dürfen.“



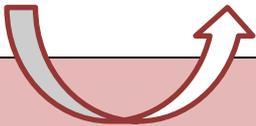
Wohnen günstiger machen – FRITZ-Initiative 4: Tiroler Wohnbaustatistik (wieder-) einführen!

Die Idee:

- Wie viele Wohnungen werden in Tirol pro Jahr gebaut? Wie viele werden als Miet- und wie viele als Eigentumswohnungen ausgeführt? In welchen Bezirken wird viel, in welchen weniger gebaut? Wer sind die Bauträger? Wie viele Wohnungen errichten Privatpersonen, wie viele bauen private und wie viele Gemeinnützige Bauträger? Antworten darauf zu bekommen, ist schwierig.
- Die letzte Tiroler Wohnbaustatistik hat die Landesregierung für das Jahr 2003 herausgegeben.
- **Die Liste Fritz will die Tiroler Wohnbaustatistik als fundierte Erhebung wiedereinführen.**

Der Antrag:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, beginnend mit dem Kalenderjahr 2016 wieder eine Wohnbaustatistik zu führen und diese in gleicher Art und Weise wie bis zur letzten Tiroler Wohnbaustatistik für das Jahr 2003 zu veröffentlichen.“



Wohnen günstiger machen – FRITZ-Initiative 5: Wer von überteuerten Immobiliendeals profitiert, soll eine Abgabe für Sozialen Wohnbau bezahlen!

Die Idee:

- Auch die Kosten fürs Wohnen unterliegen dem Prinzip von Angebot und Nachfrage. Um die Kosten zu senken, muss also dort, wo die Nachfrage am Größten ist, auch das Angebot steigen und deutlich mehr Wohnraum geschaffen werden.
- Günstigen Wohnraum muss die öffentliche Hand schaffen. Nur sie kann die gebauten Wohnungen zu leistbaren Preisen jenen Tirolern zur Nutzung überlassen, die sie am Dringendsten brauchen.
- Nur eine wirklich große Wohnbauoffensive kann den Markt beeinflussen, dafür sind zusätzliche Mittel nötig.
- **Die Liste Fritz will sich die notwendigen finanziellen Mitteln für eine Offensive im Sozialwohnbau von jenen holen, die mit Immobiliendeals unverhältnismäßig hohe Gewinne einstreifen. Diese Immobilien-Spekulanten sollen eine 25%ige Sozialwohnbauabgabe bezahlen, die zweckgebunden für leistbaren Wohnbau an die jeweiligen Gemeinden fließen.**
- Damit unterstützen diejenigen, die von den unerwünscht hohen Wohnungspreisen profitieren, diejenigen, die darunter besonders leiden!

Der Antrag:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Abgabe für den Sozialen Wohnbau einzuführen, die Profiteure von überteuerten Immobiliengeschäften bezahlen. Diese Abgabe steht der jeweiligen Tiroler Gemeinde, in der sich die Immobilie befindet, zweckgebunden für den Sozialen Wohnbau zur Verfügung.“